

# HISTORISCHE MONATSBLÄTTER

für die Provinz Posen

Jahrgang IV

Posen, Juli 1903

Nr. 7

Skladny A., Das Jahr 1848 in der Auffassung polnischer Geschichtsschreibung S. 97. — Nachrichten S. 109. — Geschäftliches S. 109. — Bekanntmachung S. 112.

## Das Jahr 1848

in der Auffassung polnischer Geschichtsschreibung.

Von

A. Skladny.

Dr. Kazimierz Rakowski, Powstanie Poznańskie w 1848 roku (z mapką i czterema podobiznami dokumentów w tekście). Lwów 1900.

Dr. K. Rakowski, Der Posener Aufstand des Jahres 1848 (mit einem Kärtchen und 4 dem Text beigegebenen Dokumenten in Facsimile-Druck). Lemberg 1900. 8<sup>o</sup> 271 + 83 S.



Wenig erfreulich für die deutschen und polnischen Bewohner der Provinz ist das erwähnte Jahr. Daher lag nach 50 Jahren für niemand eine Veranlassung vor, seiner in einer Jubelschrift zu gedenken. Nachträglich erst hat der bekannte Dr. Rakowski ein Bild jener Geschehnisse aufzurollen unternommen. Da er hierbei eine grosse Anzahl deutscher und polnischer Druckschriften, ausserdem einige neue polnische Dokumente verwendet hat und somit imstande war, alles Tatsächliche mitzuteilen, so beansprucht das Buch einige Aufmerksamkeit. Seine Auffassung der Sache ist aber so spezifisch polnisch, dass es der Mühe lohnt, sie kennen zu lernen und einige Erläuterungen daran zu knüpfen.

Rakowski führt den Leser nicht sogleich mitten in das Jahr 1848 hinein. Er gibt zunächst eine pragmatische Geschichte der Provinz von 1815 ab, um darzulegen, dass der Ausbruch

des Jahres 1848 lediglich die Folge voraufgegangener deutscher Sünden sei. Er geht, wie alle diejenigen, welche für Posen besondere Rechte beanspruchen, von den Verhandlungen des Wiener Kongresses aus und verweist auf folgenden Teil der Hauptakte: „Die Polen werden eine Repräsentation und nationale Einrichtungen erhalten, geordnet nach der Art der politischen Existenz, welche jede der Regierungen, der sie angehören, ihnen zu bewilligen für nützlich und angemessen erachten wird.“ In diesen Worten ist nicht das geringste enthalten, was den Polen besondere Rechte in Aussicht stellt. Dagegen ging die königliche Proklamation vom 15. Mai 1815 darüber hinaus. Darin sagt der König zu den polnischen Einwohnern der Provinz: „Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem von euch soll nach Massgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern des Grossherzogtums, sowie zu allen Ämtern, Ehren und Würden meines Reiches offen stehen.“ Dieses königliche Versprechen wurde nicht nur gehalten, es wurde noch mehr gewährt. Gesteht doch Rakowski selbst ein, dass Posen sich gegenüber den anderen Provinzen einer Sonderstellung erfreute: sie hatte einen eigenen Statthalter polnischer Nationalität; die polnische Sprache war nicht nur Unterrichtssprache in den niederen und höheren Schulen, sondern hatte mit der deutschen auch Gleichberechtigung in der Verwaltung und Justiz; es wurden sogar besondere Münzen zum Gebrauch dieser Provinz geprägt; in den zwanziger Jahren erfolgte die Befreiung der Bauern von der Erbuntertänigkeit, und seit jener Zeit erst gibt es hier — wie Rakowski einräumt — einen Bauernstand, seit jener Zeit einen Fortschritt in der Feldwirtschaft. Angesichts alles dessen muss man erstaunt fragen, was denn eigentlich den polnischen Bewohnern unserer Provinz noch mangelte. Rakowski verrät es unumwunden: es fehlte noch die Einrichtung eines eigenen Nationalheeres. Und tatsächlich wurden solche Wünsche nach Berlin getragen. Doch der König und seine Minister kannten den polnischen Charakter zu gut, um derartigen Anträgen Rechnung zu tragen. Dass dieses Heer ein Herd beständiger Beunruhigungen gewesen wäre, ist wohl einleuchtend, auch wenn die Geschichte nicht gezeigt hätte, welche Förderer aller möglichen politischen Revolutionen grade die polnischen Legionen bis in die neueste Zeit gewesen sind. An die Zeiten polnischer Kriegsherrlichkeit sollte im Jahre 1836 das Geschenk erinnern, welches einige Schüler des Posener Gymnasiums polnischen Lehrern verehrten: es waren Fingerringe mit Bildnissen Kościuszkos, Napoleons und Poniatowskis. Die Behörde schritt gegen diese Lehrer disziplinarisch ein. Dies hält Rakowski für eine Verfolgung der Schule. Ein zweites Beispiel

für derartige Verfolgungen bietet ihm Pakosch. Dort wurde — sagt er — gegen die polnische Sprache vorgegangen, indem man das Progymnasium aufhob und an seiner Stelle Anstalten mit deutschen Lehrern schuf. Das ist falsch. Die Reformatenschule in Pakosch (um diese handelt es sich hier) musste deshalb eingehen, weil sie nichts wert war, ja nicht einmal mehr ihre Lehrer besorgen konnte.\*) Einer weiteren Bedrückung der polnischen Sprache machte sich die Regierung nach Rakowski dadurch schuldig, dass sie von Geistlichen, welche Stellen staatlichen Patronats annehmen wollten, ja auch von Schulinspektoren und Lehrern die Kenntnis der deutschen Sprache forderte. Hiernach verlangt also Rakowski, die Regierung eines deutschen Staates solle darauf verzichten, dass Personen, bei deren Anstellung sie mitzureden hat, und deren Einfluss auf die Erziehung des Volkes und der Jugend von grösster Bedeutung ist, sich die Sprache aneignen, in der damals wenigstens der dritte Teil der Posener Bevölkerung sich verständigte. Im übrigen war die Regierung nicht einmal so anspruchsvoll wie behauptet wird. Denn noch im Jahre 1864 befanden sich hier 59 geistliche Schulinspektoren, die sich durch völlige Unkenntnis der deutschen Sprache auszeichneten. Eine interessante Unzufriedenheitsstatistik legte 1829 dem Provinzial-Landtage der Landtagsmarschall Fürst Sulkowski vor. Er wies nach, dass zwar alle Landgerichtsdirektoren der Provinz polnisch verstanden, aber nur einer polnisch zu sprechen und zu schreiben vermochte; dass unter den Gerichtsräten 25 deutsch, 7 polnisch und 5 zweisprachig waren; dass von den Gerichtsassessoren 6 nur deutsch, 5 nur polnisch konnten und einer beide Sprachen beherrschte. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident in Bromberg verstanden etwas polnisch, die Oberregierungsräte sprachen nur deutsch, von 20 Regierungsräten waren 3 Polen und 4 vermochten sich auch polnisch zu verständigen; unter 10 Regierungsassessoren gab es zwei, die polnisch sprachen. Diese Statistik sollte beim König die Bitte unterstützen, dass seinem Versprechen gemäss in der Provinz nur beider Sprachen mächtige Beamte angestellt werden sollten. Das Versprechen des Königs hatte aber anders gelautet: nicht die Sprachenkenntnis, sondern die Fähigkeit sollte bei der Anstellung von Beamten massgebend sein. Jener Statistik fehlt überdies der Nachweis, dass fähige Polen bei der Verleihung von Ämtern übergangen worden seien.

Das Schriftstück wurde dem König nicht vorgelegt, denn es brach die November-Revolution 1830 im russischen Polen aus. Flottwell wurde Oberpräsident. Es ist natürlich, dass die Tätig-

\*) Hist. Monatsbl. I. 161. Zeitschr. d. Hist. Ges. XVI. 67.

keit dieses energischen Mannes, die auf eine schnelle und nachhaltige Germanisierung der Provinz gerichtet war, von Rakowski als ein ununterbrochener Eingriff in polnische Rechte angesehen wird. Freilich trägt Rakowski hierbei die Farben recht grell auf. So behauptet er, Flottwell habe seine Wirksamkeit mit der Einziehung der Güter jener begonnen, die an dem Aufstand in Russland teilgenommen hatten. Gleichwohl wusste er aus den Schriften, deren Benutzung er versichert, dass gegen jene Leute äusserst milde verfahren wurde: es sollte nur der Besitz derjenigen als verfallen gelten, welche bis zum 1. April 1832 sich nicht zur Rückkehr in die Provinz entschlossen. Dem Oberpräsidenten Flottwell macht Rakowski ferner zum Vorwurf, dass der Provinz bzw. den Kreisen im Jahre 1833 das Recht entzogen wurde, die Landräte selbst zu wählen, dass die Polen aus der Verwaltung und Justiz verdrängt wurden, vornehmlich aber, dass er als bestes Mittel zur Bekämpfung polnischer Übergriffe die Einwanderung deutscher Arbeiter und den Ankauf polnischen Besitzes durch den Staat ansah, und dass er zu diesem Zweck alle öffentlichen Kassen anwies, die an Polen geliehenen Gelder schleunigst zu kündigen, um so die in Verlegenheit gebrachten polnischen Besitzer zu billigem Verkauf zu zwingen. Dieses zuletzt erwähnte Mittel dürfte unter gesunden Verhältnissen allerdings befremdlich erscheinen. Damals aber befanden sich die Sachen hier in einem bedenklich schwankenden Zustande, Viele der begüterten polnischen Familien hatten durch ihre Beteiligung am Aufstande nicht nur das Wohlwollen der Staatsregierung verwirkt, sie waren auch in einen Vermögensverfall geraten, aus dem der Staat sein Eigentum zu retten suchen musste. Wie ein sorgsamer Hausvater seine Gelder von einem Schuldner zurückzieht, der in Zahlungsschwierigkeiten gerät, so musste der Oberpräsident auch rücksichtlich der öffentlichen Gelder den leichtfertigen Schuldnern gegenüber verfahren.

Aber das Nationalgefühl der Polen hatte sich infolge der politischen Ereignisse sehr entwickelt und wurde in der Provinz auf jede nur denkbare Weise genährt. Es gab hier wohl kein polnisches Haus, sagt Rakowski mit berechtigter Ironie, in dem nicht ein polnischer Flüchtling Aufnahme und Gelegenheit gefunden hätte, seine Ideen der Wiederauferweckung Polens zu verbreiten. Die plötzlich auftauchende Emigranteliteratur übte einen berausenden Einfluss auf die Gemüter aus. Sie schuf in der Provinz eine Reihe gleich gearteter Zeitschriften, die in unterhaltender und behrender Form die Geister für ein zukünftiges Polen vorbereiteten. Dem gleichen Zweck dienten ungezählte Vereine, welche unter den unschuldigen Namen von Vergnügungs-Vereinen auftauchten, in der Tat aber polnische Politik trieben.

So erzogen blickten die polnischen Bewohner der Provinz mit Argwohn auf das Wirken des Oberpräsidenten.

Doch die emsigste Tätigkeit einzelner hervorragender Polen für ein neues polnisches Reich, die Überschwemmung der Provinz mit polnischen Broschüren, die krampfhaft wirkende Wirksamkeit der zahlreichen Vereine vermochte nur den polnischen Adel und einen Teil des Bürgerstandes für die neuen Ideen zu gewinnen. Aber auch hier fand von vorn herein eine Spaltung in zwei Parteien statt, die demokratische, welche schleunigst zur Revolution drängte, und die konservative, welche erst einen günstigen Zeitpunkt dafür abwarten wollte. Selbst ein Aufruf der polnischen Zentralregierung in Frankreich vom 3. März 1832 an alle Völker Europas zur Wiederherstellung Polens in seinen alten Grenzen fand überall besseren Boden als in Posen. Denn hier war der Bauernstand, dem die Befreiung von der Erbuntertänigkeit noch in frischer Erinnerung war, für derartige Utopien nicht zu haben.

In dieser Zeit der vorbereitenden Umtriebe bestieg König Friedrich Wilhelm IV. den Thron und Flottwell musste Posen verlassen. Die Sympathien, die der König der Provinz Posen und der polnischen Sprache entgegenbrachte, erwiderte der demokratische Teil der nationalen Verschwörung damit, dass er mit einer gewissen nervösen Hast den Ausbruch der Revolution im ganzen ehemaligen Polen betrieb. Gelingt der Streich, meinten sie, so hatten sie erreicht, was sie wollten; gelingt er nicht, so hatten doch ihre Lehren wenigstens den Boden vorbereitet, auf dem weiter gearbeitet werden konnte. Da diese Hast durchaus nicht den Plänen der Zentralregierung in Versailles entsprach, weil sie fürchten musste, ihren Einfluss in Posen hierdurch einzubüßen, so suchte sie 1845 durch Entsendung des Mieroslawski nach der Provinz zu erreichen, dass hier in die Tätigkeit der Verschwörer einige Mässigung und ein langsames Tempo gebracht würde. Besonders eifrig gebärdete sich in Posen der Buchhändler Stefanski, der seine Hauptaufgabe darin sah, sich des Kernwerks zu bemächtigen. Er suchte für diesen Gedanken Anhänger nicht nur unter den Bürgern von Posen und den kleinen Städten, sondern auch beim Militär und unter der Gymnasialjugend. Als er sogar so weit ging, dass er Bevollmächtigte aller ehemals polnischen Landesteile zusammen berief, da wurde er verhaftet, und die Regierung begann diese Umtriebe aufmerksamer zu beobachten. Dem Mieroslawski war es indessen gelungen, die Posener Hitzköpfe dadurch ein wenig zu beruhigen, dass er den Termin zum Ausbruch der so eifrig ersehnten nationalen Erhebung auf den 21. Februar des folgenden Jahres 1846 festsetzte. Die Vorbereitungen hierzu sollte die von Mieroslawski für Posen geschaffene Nationalregierung treffen,

an deren Spitze der Gymnasiallehrer Dr. Libelt trat. Obwohl die Staatsregierung hiervon Kenntnis erhalten hatte und die fremden Polen überwachen und festnehmen liess, gelang es Mieroslawski doch, trotzdem er sich am Tage im Hause Jarochowskis aufhielt, und des Abends den Sitzungen des Revolution-Komitees beiwohnte, lange verborgen zu bleiben. Erst als er die Stadt Posen verliess, um agitierend und organisierend die Provinz zu bereisen, wurde er zufällig in Swiniary am 12. Februar 1846 aufgegriffen und verhaftet. Die bei ihm gefundenen Papiere legten die Pläne der Verschwörung klar. Somit und nachdem auch der Handstreich Niegolewskis auf das Kernwerk am 13. März vereitelt worden war, galt der Aufstand von 1846 für beendet. Über 700 Personen wurden verhaftet, von diesen kamen 254 zur Anklage und Verurteilung.

Dieser vergebliche Aufstandsversuch war aber nicht, wie man deutscherseits annahm, das Ende der polnischen Machenschaften, er bildete vielmehr den Anfang zu neuen grösseren Unternehmungen. Wieder war es Versailles, woher den unruhigen Köpfen die Anregung kam. Zahlreich durchstreiften, erzählt Rakowski, von dorthier Emissäre die Provinz. Welcher Art Leute das mitunter waren, dafür ist ein Exempel Babowski, der 1847 von Dorf zu Dorf wandernd in der Nähe von Posen durch einen Gendarmen festgenommen werden sollte, weil er sich nicht legitimieren konnte. Babowski wehrte sich und schoss den Gendarmen nieder. Er wäre entkommen, wenn nicht gerade der Fleischer Reschke aus Posen des Wegs gegangen und sich seiner bemächtigt hätte. Babowski wurde auf dem Kanonenplatz erschossen, polnische Frauen tauchten in das Blut des Mörders ihre Taschentücher und die Geistlichkeit hielt für ihn Trauermessen ab.

Das wichtigste aber, was vor 1846 verabsäumt worden war, holte jetzt bei Ausbruch der Märzrevolution die Versailler Zentralregierung nach: sie suchte in ihren Proklamationen die religiösen Leidenschaften des Volkes wachzurufen. „Brüder“ heisst es in einer solchen „nach so vielen Jahren der Bedrückung und des Unglücks kam endlich die Zeit der Freiheit für die Völker nach dem Willen Gottes selbst. Der heilige Vater erhob sich zuerst zur Verteidigung der Bedrückten und segnete als Gesalbter des Herrn mit zum Himmel erhobenen Händen die ganze Welt. Schon hat Italien, die Schweiz, schon Frankreich diesen heiligen Ruf befolgt ... Andre Völker werden sogleich diesem geheiligten Beispiel folgen, da sie zur Überzeugung gelangt sind, dass der gerechte Gott nicht dazu die Welt erschaffen hat, damit die einen glücklich seien, die andern in schrecklicher Knechtschaft leben, sondern damit alle teilnehmen an der gleichen Freiheit

und dem gleichen Wohlbefinden. Denn das sind Geschenke, die Gott, der in seiner Güte für alle gleich barmherzige Vater hernieder gesendet hat... Gedenkt, dass unter der preussischen Uniform, die eure Brust deckt, ein polnisches Herz schlägt, und dass Gott euch nicht dazu geschaffen hat, auf dass ihr für unsern Unterdrücker, den preussischen König, gegen eure Brüder mit eigener Lebensgefahr kämpfen sollt... Der allmächtige Gott hat euch, ihr Brüder, Treue, Gehorsam und Liebe nur gegen eure Religion und gegen euer Vaterland, nicht aber gegen eure Bedrücker geboten. Also ist der Treubruch gegen diese keine Sünde; dagegen würde es, wenn ihr ihnen die Treue wahrtet, eine Todsünde sein, für welche auch Gott nie Vergebung gewähren würde. Brecht demnach diese nichtswürdigen Eide so, wie im Jahr 1830 das polnische Heer den vom russischen Kaiser erzwungenen Eid gebrochen hat... Und wenn wir mit Gottes Hilfe aus dem Vaterland unsere Quälgeister, die Russen, Österreicher und Preussen hinausfegen, verschwindet auf immer ihre Herrschaft über unser schönes Vaterland und es endet die Knechtschaft des Volkes: wir Alle, Adel, Bürger und Bauern werden nur Brüder sein, Söhne eines polnischen Vaterlands... Gott, segne Polen und gewähre, dass zu deiner Ehre und zu unserm Glück wiedererstehe das dir gläubige polnische Volk als eine freie, polnische Republik.“

Diese Lehren fanden einen gewaltigen Wiederhall in der Provinz und Nachahmung bei der katholischen Geistlichkeit. Ein Beispiel dafür bringt Rakowski in der Ansprache des Pfarrers zu Klecko, welche ich hier wenigstens im Auszuge mitteilen möchte:

„Geliebte Brüder. Habt ihr bis jetzt zu der gewöhnlichen Arbeit nicht Lust und Liebe verloren? Gewiss denkt ihr wie bisher fleissig und beharrlich zu arbeiten, obwohl die alten Zeiten sich in neue Zeiten wandeln; denn die Arbeit ist euer Ruhm, die Arbeit ums tägliche Brot ist eure Krone. Ihr verlangt also nicht Befreiung von euren Arbeiten, sondern ihr verlangt die Befreiung von euren bisherigen sogenannten Abgaben, von der Kopfsteuer und von andern alten Dingen, derentwegen ihr vor kurzem noch mit den Exekutoren euch herumbalgen und herumfluchen musstet; ihr verlangt, dass unter euch die jetzige Not nicht mehr verbleibe, noch das Elend und die Verfolgung. Göttlich ist euer Verlangen. Ich kann euch dreist im Namen Gottes versichern, dass die polnische Regierung euch von all dem befreit, wenn ihr auf sie nur eure Hoffnung, euer festes Vertrauen setzt. . . . Die Regierung eines polnischen Volkes begehrt von dir, arbeitsames Volk, kein Geld; sie weiss recht gut, dass du Geld nicht besitzt: Du wirst es haben, doch erst unter pol-

nischer Regierung: Sie wird zwar auch Geld brauchen, doch sie nimmt es von denen, die es haben; von dir dagegen, Volk der Arbeiter, verlangt die polnische Regierung nur deine harten Hände, deine eiserne Brust, und setzt auf Gott und dich die zuversichtliche Hoffnung, dass, wenn sie ruft: „Zu den Waffen, polnische Brüder!“ du wie das Donnerwetter in Einigkeit und Ordnung dastehen wirst mit deiner harten Hand, mit deiner eisernen Brust furchtlos gleich dem Löwen. . . . Und jetzt Brüder frage ich euch: wenn der schreckliche Tag anbrechen sollte, an dem irgend eine tyrannische Regierung, die bisher blind für alles war, was sich heiliges in der ganzen Welt begibt, und die unsre Freiheit und unsre neue Verbrüderung nicht zu ertragen vermag — wenn eine solche Regierung auf uns wie ein Unwetter seine blinden Söldner losliesse und diese blinden Söldner anfangen, eure braven Weiber und eure unschuldigen Töchter zu entehren, wenn sie anfangen, die Kleinen, eure Kinder auf die Lanzen zu spießen, was dann? Siehe, ich euer Priester ergreife das heilige Kreuz, erhebe die heilige Fahne des polnischen Volkes und rufe: Brüder Polen, zu den Waffen. Denn siehe, räuberische Wölfe stürzen auf uns, um uns unsre heilige Freiheit und heilige Einigkeit zu entreissen. Wollt ihr Brüder mit mir gehen? Das Übrige findet sich mit Gottes Hilfe“. —

Auf den historischen Verlauf des Posener Aufstandes, der unmittelbar der Berliner Revolution folgte, soll hier nicht näher eingegangen werden. Die Ereignisse sind allgemein bekannt. Es soll nur auf Grundlage der Schrift Rakowski's der Nachweis versucht werden, dass die öffentlichen Erklärungen der Polen, welche sie der Regierung und den Deutschen über ihre Absichten kund gaben, im Widerspruch mit ihrem tatsächlichen Vorgehen standen. Mit dem Bewusstsein, dass die breiten Massen der polnischen Bevölkerung gewonnen seien, wuchs die Begehrlichkeit der leitenden Personen, welche das National-Komite in Posen bildeten. Es entsendete eine Deputation an den König am 22. März und verlangte die Einrichtung eines Nationalheeres und die Besetzung der Beamtenstellen mit eingeborenen Polen. Trotz des insolenten Benehmens eines der Deputierten sagte der nachsichtige König eine Reorganisation der Provinz zu. Diese sollte durch eine aus Mitgliedern beider Nationalitäten zusammengesetzte Kommission unter Vorsitz des Oberpräsidenten durchgeführt werden. Ihre Tätigkeit werde beginnen, sobald die Ordnung in der Provinz zurückgekehrt sei, und wenn das Ansehen der Behörden gewahrt bleibe. Diese Zusage des Königs ist ungemein wichtig, da sie für die folgenden Ereignisse den Massstab der Beurteilung bietet. Schon am 25. März trat die Deputation mit weiteren Forderungen auf; in die Reorganisations-Kommission sollten nur geborne



Posener zugelassen und zu ihrem Vorsitzenden General von Willisen ernannt werden, den Landräten sollten bis zu ihrer endgiltigen Absetzung polnische Kommissare zur Seite gestellt, die Distriktskommissare sofort entlassen, und zum Oberpräsidenten sollte unverzüglich ein Pole ernannt werden.

Nun hätte man erwarten müssen, dass die Polen sich gemäss der königlichen Aufforderung ruhig verhalten würden, um so der versprochenen Reorganisation jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. Doch in ihren Absichten lag nichts weniger als dies. Zunächst wurde, sobald Mieroslawski am 27. März nach Posen kam, die Organisation eines polnischen Heeres im grossen Massstabe betrieben. Es wurden die Kreise bestimmt, aus denen die polnischen Heerespflichtigen nach den 4 Kriegslagern in Xions, Pleschen, Wreschen und Mitschisko zusammenkommen sollten; es erfolgten starke Waffenankäufe; die Höhe der Kriegssteuer wurde festgesetzt. Grossartige Versprechungen machte das National-Komitee am 25. März und 1. April in Aufrufen an das Volk: a) die für das Vaterland Kämpfenden erhalten eine angemessene Belohnung; ihrer Witwen und Waisen wird sich die polnische Regierung annehmen; b) die für die Freiheit Kämpfenden haben den ersten Anspruch auf Anstellung in den Ämtern des neuen Reichs; c) die Frauen und Kinder der unter Waffen stehenden Tagelöhner und Knechte erhalten nach wie vor das Deputat und  $\frac{1}{3}$  des dem Vater oder Ehemann zustehenden Lohns; d) die Jagd- und Fischereigerechtsame der Dominien werden aufgehoben.

Auf diese Weise wurde von polnischer Seite alles getan, um die Voraussetzungen für die vom König zugesagte Reorganisation zu vernichten; denn diese Vorkehrungen waren keineswegs geeignet, die Ordnung und Sicherheit im Lande wieder herzustellen. Man ging noch weiter, indem man, ohne die in Aussicht gestellte Berufung der Organisations-Kommission abzuwarten, die Schaffung eines Nationalheeres ausführte.

Eine zweite Forderung der an den König gesandten Deputation vom 22. März war die Besetzung der Beamtenstellen mit eingeborenen Polen. Auch hier glaubte man eine vorhergehende Prüfung der Sache durch die Organisations-Kommission und die Genehmigung des Königs als ganz überflüssige Dinge ansehen zu können. Denn noch an demselben Tage begann man mit der Einrichtung polnischer Kreisbehörden. Irgend eine polnische Vertrauensperson wurde vom Zentralkomitee in Posen nach einem landrätlichen Kreis, nach einer Stadt gesendet. Dort angelangt wies der polnische Kommissar seine Vollmacht dem Landrat beziehungsweise dem Bürgermeister vor und verlangte weiter nichts, als die Aushändigung der gesamten Akten und der Kasse

mit dem Bemerken, dass er jetzt die Geschäfte des Landrats oder des Bürgermeisters versehen werde; der Andre könne gehen. So ging es den Kreis- und städtischen Behörden. Noch formloser war das Verfahren gegenüber dem höchsten Provinzial-Beamten; der wurde einfach als nicht vorhanden von den Polen erachtet; für sie war die oberste Provinzial-Behörde das National-Komite, das sich auch als solche gerierte und daneben noch die Geschäfte des Posener Magistrats versah. Bekannt ist ja, wie es am 22. März zum Rathaus zog und vom damaligen Bürgermeister in eigener Person nach dem Sitzungssaal geleitet wurde. Bei jener Gelegenheit zeigte das polnische National-Komite in recht auffallender Art, dass ihm die Deutschen und deren Wohl im höchsten Grade gleichgültig wären. Denn als im Sitzungssaal auch ein deutsches Komite mit dem Antrage erschien, an den Sitzungen teilnehmen zu dürfen, erhielt es einen kurzen ablehnenden Bescheid mit der Begründung, dass es sich hier um die Unabhängigkeit Polens handle.

In eine neue Phase trat die allgemeine Wirrnis mit dem Eintreffen des Generals Willisen in Posen am 5. April. Während seiner 14 tägigen Anwesenheit verfuhr er die Dinge so, dass sie nur noch durch blutigen Kampf ins richtige Gleis gebracht werden konnten. Der von den Polen so ersehnte Organisator der Provinz verdarb es gleich am ersten Tage selbst mit ihnen, als er ihnen im Aufruf vom 6. April die Amnestie des Königs für das Vergangene zusicherte. Doch als sie ihn verwundert fragten, wie er angesichts der „legalen Revolution“ von einer Amnestie sprechen könnte, erklärte er kleinlaut, dieser Passus beruhe wohl auf einem Irrtum des Sekretärs. Im übrigen hiess er alles gut, was die Polen bisher vorbereitet und getan hatten.

Denn ganz offen sagte er in dem erwähnten Aufruf: Polen, ihr wollt eine Nationalregierung und die polnische Sprache in der Justiz, ihr sollt das Eine und das Andere haben. Zunächst soll an die Spitze der Verwaltung ein Pole treten, sodann soll die freie Wahl der Landräte stattfinden. Ihr wollt ein Nationalheer. Ihr habt es schon in eurer Landwehr: alles was ihr begehrt, lässt sich mit dieser thun, und ich bin gern bereit, Anträge sachverständiger Männer aus eurer Mitte entgegen zu nehmen, die sich auf die Dienstsprache im Heere und auf die Form seiner Abzeichen beziehen . . .

Eine derartige Auffassung der Reorganisation, die schliesslich zur vollen Loslösung der Provinz vom preussischen Staatsverbände hätte führen müssen, war den Polen natürlich höchst willkommen. Sie fühlten sich daher sehr enttäuscht, dass diesem Gebahren aufs schärfste wenigstens die Militärbehörde Posens entgegentrat. Schon am 7. April verhängte von Colomb über Posen den Bela-

gerungszustand. Schlesische, pommersche und märkische Landwehr rückte in die Provinz und verübte — wie Rakowski klagt — im Verein mit Deutschen und Juden die ärgsten Grausamkeiten. Zur Beleuchtung dieser Grausamkeit ist es notwendig, hier wenigstens einige solche Schreckensszenen, wie sie Rakowski darstellt, zu erwähnen. Gleich bei Beginn des Belagerungszustandes versuchte ein Pole vor dem Rathaus eine Rede zu halten. Er wurde auf unsanfte Art von Juden und Soldaten daran gehindert. Da kommt ihm ein bewaffneter Pole zu Hilfe. Dieser wird von einem Unteroffizier sogleich ergriffen, der Säbel wird ihm zerbrochen und er selbst unter Kolbenstößen auf die Wache gebracht. Auf eine Beschwerde hierüber antwortet v. Colomb mit einem Achselzucken. Mit Recht, denn der Belagerungszustand ist ja ein Zustand, in dem man sich doppelt in Acht zu nehmen hat. Ein andrer Fall: Die Soldaten in Bromberg pflegten den Landleuten, die stolz mit ihren polnischen Kokarden die Stadt betraten, diese abzureissen und den Hunden an die Schwänze zu binden. In Posen wurden die Ärmsten gezwungen, ihre Kokarden zum Frühstück aufzuessen.

Ernster, aber durchaus gerechtfertigt, war ein Vorfall bei Labischin. Dort kam ein Trupp Polen aus Russland, die sich am Aufstand hier zu beteiligen beabsichtigten. Von den Einwohnern der Stadt bejauchzt zogen sie hinaus. Da jagte ihnen eine Schwadron Husaren begleitet von Labischiner Deutschen und Juden nach, überfiel die Nichtsahnenden, verwundete und tötete viele und schleppte andre gefesselt nach Labischin. Am nächsten Morgen führten Husaren die ärgsten der Juden nach Posen vor Gericht, wo sie nur wegen Raubes angeklagt wurden, obwohl die *Gazeta polska* später meldete, dass einer der in Labischin überfallenen Polen seinen Wunden erlegen sei. Dies Beispiel ist, abgesehen von der recht unklaren Darstellung des Sachverhalts, sehr bezeichnend für die Naivität, mit der Rakowski den Einzug fremder Insurgenten in unsre Provinz für etwas Selbstverständliches, ihre Beunruhigung dagegen als etwas Verdammenswertes hält. Ebenso naiv ist sein Hinweis auf das Zeugnis der *Gazeta polska*.

Dass Rakowski auch übertreibt, ist aus folgender Mitteilung zu schliessen, die er über ein Gefecht vom 22. April gibt. Eine preussische Abteilung marschierte von Ostrowo nach Adelnau und traf in Gross Topola einen Haufen von 20 bewaffneten Bauern, die ihren polnischen Landsleuten in Adelnau zu Hilfe eilten. Sie wurden aufgefordert, die Waffen zu strecken und taten es. Da warfen sich die Husaren auf sie und hiebert alle nieder. Das ist falsch. Denn Adalbert Lipski, ein polnischer Zeitgenosse jener Vorfälle, sagt in seinen Beiträgen zur

Beurteilung der Ereignisse im Grossherzogtum Posen, dass von diesen Leuten nur drei gefallen seien und fügt sogar hinzu, dass nach deutscher Darstellung dieser Sache die drei Polen im Kampfe gefallen wären.

Doch genug von diesen Einzelheiten. Es kam am 11. April auf Willisens Veranlassung die unglückliche Konvention von Jaroslawice zustande. Diese Konvention sanktionierte unter anderem vertragsmässig das Weiterbestehen eines polnischen Heeres, das in 4 Lagern (Wreschen, Xions, Pleschen und Miloslaw) consigniert werden sollte. Und doch lehnte es Mieroslawski ab, diesen Vertrag zu unterzeichnen, weil er in seine Operationen sich in keiner Weise dreinreden lassen wollte. Ein anderer Punkt der Konvention besagte, dass jedes der polnischen Lager nur eine bestimmte Anzahl Truppen enthalten sollte, die überzähligen mussten nach der Heimat entlassen werden. Auch dies wurde umgangen. Denn diese Leute wurden entweder in bewaffneten Haufen entlassen und gingen nicht nach Haus, sondern bildeten zahlreiche Kampfscharen; oder sie wurden nur beurlaubt. Dass solche Abteilungen plündernd und andern Unfug verübend im Lande umherzogen, hält Rakowski für entschuldbar. Weniger selbstverständlich erscheint es ihm, dass die deutsche Bevölkerung an ihnen Widervergeltung übte, wo sie konnte, oder dass sie von preussischem Militär auf das Nachdrücklichste bekämpft wurden. Von Colomb selbst glaubte anfangs gegen die von Willisen abgeschlossene Konvention und die polnischen Lager nicht einschreiten zu dürfen. Er entschloss sich erst dazu, als er wahrnahm, dass bewaffnete Rotten überall auftauchten, und die ganze Provinz in heillosestem Aufruhr wogte. Langsam engte er die polnischen Lager durch einen Gürtel preussischen Militärs ein, um ihnen zunächst die Zufuhr zu unterbinden. Erst am 29. April wurden die Polen bei Xions angegriffen und zerstreut. Ein gleiches Schicksal erlitt am nächsten Tage das Lager von Miloslaw, dass im Verein mit dem Heer von Pleschen kämpfte. Hier erlitten die Preussen zwar schwere Verluste infolge einer auf deutscher Seite verübten Unvorsichtigkeit, die polnischen Lager wurden aber gleichwohl zur Auflösung gezwungen. Und nach wenigen Tagen gab es kein polnisches Heer mehr in Posen, da die polnischen Offiziere selbst ihrem Herrn und Gebieter Mieroslawski die weitere Gefolgschaft versagten. Sie fürchteten vor allem, er würde sie nach Russland hinüberführen. Nach kurzer Verhandlung mit General Wedel einigte man sich dahin: Die Waffen sind sofort niederzulegen; die Emigranten aus Russland und Galizien werden in westliche Festungen gebracht und können von dort, sobald sie wollen, nach Frankreich auswandern; die preussischen Deserteure werden nach

Posen gebracht und haben dort das Weitere zu erwarten; persönliche Freiheit bleibt allen andern, welche die Waffen strecken.

Die Waffen sollten am 10. Mai in Czarne piontkowo niedergelegt werden. Aber die Polen hatten beschlossen, dass „kein Stückchen polnischen Eisens freiwillig den Preussen zu Füßen gelegt werde“. Als deshalb am festgesetzten Tage Wedel nach dem bestimmten Orte kam, fand er weder Offiziere, noch Waffen, sondern nur 35 polnische Leute vor, die sich dort umhertrieben.

---

## Nachrichten.

Zum Direktor der Posener Akademie, die am 1. Oktober eröffnet werden soll, ist Universitätsprofessor Dr. Kühnemann, früher zu Marburg, jetzt zu Bonn ernannt worden. Die wissenschaftlichen Leistungen dieses Gelehrten bewegten sich sowohl auf philosophischem als auch auf litterarischem Gebiete, auch geht ihm der Ruf eines sehr guten Redners voraus.

---

## Geschäftliches.

### Jahresbericht der Abteilung für Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu Bromberg.

(Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt.)

Der zu erstattende Bericht hat diesmal den Zeitraum von fünf Vierteljahren — vom Januar 1902 bis April 1903 — und damit den wichtigsten Abschnitt nach der Gründung der Historischen Gesellschaft für den Netzedistrikt zu umfassen. Hat sie doch in ihm ihre Selbständigkeit aufgegeben und sich als Abteilung in die grosse Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu Bromberg eingefügt. Da das Geschäftsjahr dieser vom 1. April bis 31. März läuft, mussten auch wir uns dieses Geschäftsjahr aneignen.

In der vorjährigen Hauptversammlung am 16. Januar 1902 wurden in den Vorstand gewählt die Herren

Geh. Reg.-Rat Dr. Guttman, Vorsitzender,  
 Oberlehrer Dr. E. Schmidt, Stellvertreter des Vorsitzenden,  
 Kommerzienrat Franke, Schatzmeister,  
 Oberlehrer Dr. Baumert, Archivar,  
 Oberlehrer, Pastor a. D. Koch, Schriftführer,  
 Oberregierungsrat Dr. Albrecht.

Als Beisitzer gehörten dem Vorstande an die Herren: Professor Dr. Ehrenthal, Oberlehrer Wandelt, Reg.- und Baurat Schwarze, Kaufmann G. Werkmeister, Rentner R. Dietz, Hauptmann a. D. Timm.

Im Februar wurde der Kgl. Forstmeister Schulz vom Vorstande zugewählt und ihm das Amt eines stellvertretenden Schriftführers übertragen.

Der Vorstand hat es sich auch in dem abgelaufenen Zeitabschnitt angelegen sein lassen, die Interessen der Gesellschaft nach allen Richtungen hin zu vertreten und ihren Mitgliedern durch Vorträge und sonstige Veranstaltungen Anregungen der mannigfaltigsten Art zu bieten.

Er hat 18 Sitzungen abgehalten. Ausserdem haben der Vorsitzende und dessen Stellvertreter sowie Herr Landgerichtspräsident Riek verschiedenen Sitzungen und Besprechungen mit dem Herrn Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beigewohnt, in denen über die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu Bromberg verhandelt wurde. Diesem Zweck waren auch grösstenteils die Vorstandssitzungen bis in den Oktober 1902 hinein gewidmet. Da von dem Abschluss der Bromberger Vereine an die Posener Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft abgesehen wurde, fiel für die hiesigen Vereine der Hauptgrund des Widerstrebens gegen die Gründung der Gesellschaft weg. Das Ergebnis der langen und mühevollen Verhandlungen war der Vertrag vom 15. Oktober 1902 mit der inzwischen gegründeten Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu Bromberg, dessen Abschluss in der Hauptversammlung am 25. September genehmigt worden war.

Ihre erste Hauptversammlung hielt die neue Abteilung für Geschichte am 30. Oktober 1902 ab. Bei der Wahl des neuen Vorstandes wurden gewählt die Herren

Landgerichtspräsident Riek, der das Amt des Vorsitzenden übernahm,  
Oberlehrer Dr. E. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender,  
Kommerzienrat Franke, Schatzmeister,  
Oberlehrer Dr. Baumert, Archivar,  
Forstmeister Schulz, Schriftführer,  
Oberlehrer, Pastor a. D. Koch, stellvertretender Schriftführer.

Als Beisitzer wurden die obengenannten Herren wieder, Herr Oberregierungsrat Dr. Albrecht neu gewählt.

Auf die Wiederwahl des Mitbegründers und bisherigen ersten Vorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Guttmann musste verzichtet werden, da er das Amt mit seiner Pensionierung am 1. Oktober niedergelegt und eine Wiederwahl wegen seines Wegzuges von Bromberg abgelehnt hatte. Seine Verdienste um die Gesellschaft wurden durch die Ernennung zum Ehrenmitgliede gewürdigt. Diese glaubte der Vorstand auch durch die Teilnahme an der Feier des 25-jährigen Direktorjubiläums am 1. Juli 1902 und die Überreichung einer Nachbildung des hiesigen Denkmals Friedrichs des Grossen anerkennen zu müssen.

Die Zahl der Mitglieder betrug bei der vorjährigen Hauptversammlung 212. Von diesen sind nur wenige, meist in Folge Wegzuges von Bromberg nicht in die neue Abteilung für Geschichte eingetreten. Dagegen sind viele neue Mitglieder gewonnen worden, so dass wir deren jetzt 292, einen Ehrenvorsitzenden, und 5 Ehrenmitglieder haben. Durch den Tod verloren wir ein langjähriges Mitglied den Pfarrer, Dekan a. D. Kasimir Erdmann in Kwiczszewo.

In den Kassenverhältnissen ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Beiträge jetzt von der Deutschen Gesellschaft erhoben werden und uns von dieser eine bestimmte Summe — z. Z. 1400 M. — überwiesen werden. Bei der starken Mitgliederzahl ist diese Summe zu gering und wird erhöht werden müssen, soll die Abteilung ihren Aufgaben in bisheriger Weise gerecht werden. Die Einnahmen haben betragen 2584,97 M., die Ausgaben 2472,77 M., so dass ein Bestand von 112,15 M. geblieben ist.

Der zwischen der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen und uns unter dem 12. August 1899 über die litterarische Vereinigung geschlossene Vertrag ist zunächst bis zum Schlusse des Jahres 1903 verlängert worden, nachdem der Herr Oberpräsident wiederum eine Staatsbeihilfe von 400 M. bewilligt hat. Auch diese Beihilfe wird gemäss der gesteigerten Mitgliederzahl erhöht werden müssen, wenn das litterarische Übereinkommen mit Posen aufrecht erhalten werden soll.

Die Sammlungen haben in der Berichtszeit manche erfreuliche Bereicherung erfahren. Vorgeschichtliche Altertümer sind geschenkt worden von den Herren Landesbauinspektor Ziernski, Stadtbaurat Meyer, Stadtgärtner Neumann zu Bromberg, Strommeister Verch zu Weissenhöhe, Gutsbesitzer Schuckert in Trischin, Kaufmann Lange in Gross-Salzdorf und von Frau Brauereibesitzer Krüger in Samotschin, geschichtliche Altertümer vom Magistrat und den Herren Kommerzienrat Franke, Oberlehrer Klose, Amtsrichter Peterson, Stadtrat Wolff, Gebr. Engelmann zu Bromberg, Domänenpächter Rahm-Woynowo, gekauft worden sind mehrere Tongefässe aus Wiatrowo-Hauland bei Wongrowitz. Für die Münzsammlung wurden 27 Stück geschenkt von den Herren Landschaftsdirektor Franke, Seminarlehrer Reddin, Rechtsanwalt Kuwert, Kaufmann I. Lippmann, Hauptmann Timm zu Bromberg, Besitzer Seefeldt zu Pawlowke, gekauft wurden 20 preussische Taler aus den Jahren 1769—1821. — Im Zeitschriftenaustausch standen wir mit 28 Vereinen und wissenschaftlichen Anstalten; abonniert waren wir auf 7 Zeitschriften. Die Bücherei wurde vermehrt durch Geschenke vom Kultusministerium, vom Gymnasium zu Nakel und von den Herren Kupffender, Dr. Liman, Hauptmann Timm, Otto Grunwald zu Bromberg, Studiosus Lüdtke zu Inowrazlaw, Geh. Reg.-Rat Dr. Guttman zu Berlin, Th. Schemel zu Krone a. Br., Lehrer Klemm zu Czarnikau und Brauereibesitzer Krüger zu Samotschin.

Da die Nonnenkirche noch immer nicht ganz für unsere Zwecke hergegeben werden kann, so befinden sich Bücherei und ethnographische Sammlung wie bisher in gemieteten Räumen des Gymnasiums, wo sie der Allgemeinheit nicht zugänglich gemacht werden können. Wegen Unterbringung unserer Bücher in der zu gründenden Bücherei der Stadt schweben mit uns ebenso wie mit den anderen Abteilungen auf der Grundlage Verhandlungen, dass die Bücher Eigentum der Abteilung bleiben, dass dies äusserlich sichtbar gemacht werde und dass die Stadt die Verwaltung und Instandhaltung übernehme. Der Vorstand glaubt sich diesem Abkommen gegenüber geneigt verhalten zu müssen, weil dadurch die Bücherei einem grösseren Kreise zugänglich und ihrem eigentlichen Zwecke mehr dienstbar gemacht werden kann, weil der Büchereiverwalter entlastet und auch der Kasse eine Erleichterung verschafft wird. — Die Sammlungen in der Nonnenkirche waren, wie in früheren Jahren in den Sommermonaten Sonntags von 11—1 Uhr für Jedermann geöffnet.

Eine Ausgrabung von Steinkistengräbern hat am 12. Juli 1902 auf dem Gute Trischin in Gegenwart von Vorstandsmitgliedern und einigen geladenen Personen stattgefunden, nachdem schon vorher Herr Dr. Baumert dort einige Gräber aufgedeckt und die dabei gefundenen Urnen für die Sammlungen geschenkt erhalten hatte. Dem Besitzer des Gutes Trischin, Herrn Schuckert, sei auch an dieser Stelle für die Bereitwilligkeit, mit der er die Ausgrabungen gestattet hat, und für die Hilfe, die er dabei geleistet hat, der Dank der Abteilung ausgesprochen.

Die monatlichen Versammlungen wurden in der bisherigen Weise abgehalten. Sie erfreuten sich meist eines regen Besuches und boten Anregungen nach vielen Richtungen hin. Am 27. Februar 1902 sprach Herr Professor Dr. Ehrenthal über die römischen Bauten in Trier und erläuterte seinen Vortrag durch Vorzeigung zahlreicher Bilder aus dem Trierschen Museum. Am 20. März hielt Herr Schemel den schon für Dezember in Aussicht genommenen Vortrag: Aus dem Lande der alten Burgunder und Gepiden. Die Sitzung am 10. April wurde durch eine Vorlesung aus einer Arbeit unseres Ehrenmitgliedes, des Herrn Oberforstmeisters a. D. Hellweg über das Diluvium im Netzegebiet ausgefüllt. In

der Hauptversammlung am 30. Oktober überreichte Herr Stadtrat Wolff für die Sammlungen eine alte und eine neue Ausrüstung eines Bromberger Nachtwächters und machte Mitteilungen über die Verhältnisse dieser wichtigen Beamtenkategorie seit 1815. Den Vortrag des Abends hielt Herr Dr. E. Schmidt über die Schotten in Bromberg. Am 21. November sprach Herr Schemel aus Krone a. Br. über zwei alte Bilder in der dortigen Klosterkirche und einen Besuch des Königs Joh. Sobieski daselbst, am 9. Dezember Herr Dr. Stoltenburg über Herrmann v. Boyen und den Untergang Polens. Mit der Monatsversammlung am 20. Januar 1903 wurde die Feier des Stiftungsfestes, die in der gewohnten Weise durch ein Festmahl, das durch ernste und heitere Reden und den Gesang froher Lieder gewürzt wurde, begangen wurde, verbunden. Herr Oberlehrer Kuwert sprach über Arminius als Held der deutschen Dichtung. In der Februarversammlung am 12. sprach Herr Chefredakteur Gintschel über litterarische Strömungen in der vormärzlichen Zeit und über die Bromberger Theaterverhältnisse im vorigen Jahrhundert. An die Hauptvorträge schlossen sich stets kleinere Mitteilungen von meist örtlicher Bedeutung oder die Vorzeigung von Fundstücken an, was stets in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Zuhörer fesselte. Am 2. Februar 1902 veranstaltete die Gesellschaft zusammen mit dem Bromberger Gesangverein einen Vortrag des Herrn Dr. M. Friedländer aus Berlin über das Volkslied, der sehr zahlreich besucht war und durch gesangliche Darbietungen des Vortragenden und des Gesangvereins besonders unterhaltend gestaltet wurde.

In Folge des Anschlusses an die Deutsche Gesellschaft wurden verschiedene Vorträge der Allgemeinheit zugänglich gemacht, so der Vortrag des Herrn Dr. Mayec über Eduard Mörike, des Herrn Professor Kaufmann aus Breslau über die Charakteristik der Jahre 1848/49 und des Archivrats Herrn Dr. Warschauer über die Epochen der Posener Landesgeschichte. Die Kosten der ersten beiden Vorträge trug die Kasse der Deutschen Gesellschaft, die des letzten unsere Abteilungskasse.

Der Sommerausflug fand am 25. Juli nach der Schwedenschanze bei Fordon (Burg Wyszogrod) statt. Herrn Stadtrat Wolff, der zu dem Gelingen des Ausfluges in ausgiebigster Weise beitrug, und Herrn Stadtrat Engelmann, der die Pforten seines Hauses gastfrei den Teilnehmern des Ausfluges öffnete, sei auch hier der Dank der Gesellschaft ausgesprochen.

### **Der Vorstand der Abteilung für Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu Bromberg**

(früher Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt.)

I. A.: Schulz, Kgl. Forstmeister, Schriftführer.

---

### **Historische Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft**

**Historische Gesellschaft für die Provinz Posen.**

Der für den 21. Juni geplante

### **Sommausflug nach Meseritz und Paradies**

ist auf **Sonntag, den 13. September** verschoben worden.